

INTERNES BULLETIN

Herausgegeben von der O p p o s i t i o n der IKÖ (S.d.IV.Int.)

Nr. 2

Februar 1950

Preis S 1,50

I n h a l t:

PARTEIDISZIPLIN UND FREIHEIT DER KRITIK

Von L. Drago

Einleitung	Seite	1
Die Differenzen der Bolschewiki im April 1917	"	2
Die Differenzen über den bewaffneten Aufstand	"	2
Die Differenzen bei der Bildung der Räteregierung	"	5
Die "Großmut" und "Milde" des bolschewistischen ZK	"	6
Die Bedingungen der revolutionären Disziplin	"	8
Disziplin in der Aktion - Freiheit der Disziplin	"	11
Erste Nachbemerkung	"	13
Zweite Nachbemerkung	"	13
Anmerkungen (Anhang)	"	15

Von L. Drago

Die österreichische Sektion der Vierten Internationale befindet sich mitten in einem Erneuerungsprozeß. Die Februar-Konferenz 1949 schloß seine erste Etappe ab, indem sie die schweren taktischen Differenzen über den Weg zur revolutionären Arbeiterpartei mit verschiedenen Resolutionen dokumentierte (1).

Seither hat der mit eigener Dynamik fortglimmende interne Meinungskampf - zusammen mit neuen praktischen Erfahrungen - weitere Differenzen aufgedeckt, die im Grunde nur eine Fortsetzung der alten Meinungsverschiedenheiten waren. Schon kurz nach der Februar-Konferenz rief die brüske und politisch nicht zu motivierende Sprengung der Arbeitsgemeinschaft "S." durch unsere Leitung eine breite und heftige Opposition in unseren Reihen hervor. Sie war nicht zufällig von der Februar-Minderheit getragen. Die Leitung selbst kleidete diese "neuen" Differenzen in folgende Formel: Die bolschewistische Auffassung von Parteidisziplin (Leitung) steht einer zentristisch-anarchistischen Auffassung (Opposition) gegenüber. Diese These blieb natürlich schon damals nicht unwidersprochen.

In der Folge wandte die Leitung gegen die Opposition und gegen einzelne oppositionelle Genossen Druckmittel an, für die es in der Geschichte des Bolschewismus, dieser reichsten Fundgrube unseres Wissens, kein Beispiel gibt. Ihre größtenteils auf Auffassungen, die schon vor dem Kriege in der österreichischen trotzkistischen Bewegung herrschten, und teils auf Verirrung und Verwirrung schlechthin fußende Taktik bei der internen ideologischen Auseinandersetzung war begleitet von niedrigen Verdächtigungen bestimmter Genossen der Opposition. Darunter auch des Schreibers dieser Zeilen. Es zeigte sich, wie schon oft in der Geschichte, daß die brutale Rücksichtslosigkeit und kaltschnauzige Unsachlichkeit einzelner führender Genossen zu einer wesentlichen Charaktereigenschaft der gesamten Leitung geworden war.

Die persönlich diffamierenden Legenden, die sie dabei mehr oder weniger bewußt geschaffen hat, werden sich mit der Klärung der politischen Differenzen, d.h. also mit der endgültigen Überwindung der spezifisch austro-sektiererischen Methoden unserer Leitung von selbst auflösen. Es ist aber notwendig, sich mit der höchst gefährlichen, weil verwirrenden und kompromittierenden Umkehrung und Verzerrung der organisatorischen Prinzipien der Bolschewiki und mit der äußerst schädlichen innerorganisatorischen Praxis unserer Leitung auseinanderzusetzen.

Zu der Tatsache, daß sie ihre abweichende Politik hinter der Maske des Bolschewismus tarnt, gesellt sich noch eine zweite, nicht minder schwerwiegende: sie spricht im Namen der Vierten Internationale, als verantwortliches Organ ihrer österreichischen Sektion. Dieser Zustand ist unerträglich! Er fordert gebieterisch - besonders im Hinblick auf die günstige Entwicklung der objektiven Kampfbedingungen in Österreich - eine rasche und gründliche Klärung. Schließlich beweist die tatsächliche Lage unserer Organisation selbst, daß eine grundlegende Umbewaffnung auch in bezug auf unsere innerorganisatorische Praxis eine entscheidende Voraussetzung für jeden weiteren Erfolg unseres Kampfes ist.

Die zu untersuchende Frage lautet also: "Was ist wirklich bolschewistische Disziplin"? - Wir werden der Lösung dieser Aufgabe am nächsten kommen, wenn wir an Hand von dokumentarisch nachgewiesenen historischen Beispielen lernen, die Praxis der Bolschewiki der Praxis unserer gegenwärtigen Leitung gegenüberstellen und daraus die notwendigen Schlüsse ziehen.

Um dabei das interne Parteiregime der Bolschewiki möglichst klar herausarbeiten zu können, sollen nähere politische und technische Erläuterungen aus dem Hauptteil dieser Arbeit herausgenommen und in Form von Anmerkungen in einem Anhang gesammelt werden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch andere geschichtliche, wenn auch nur indirekt mit der hier behandelten Frage zusammenhängende Tatsachen "ausgegraben" werden.

Die Differenzen der Bolschewiki im April 1917

Lenin kehrte am 16. (3.) April 1917 aus dem Exil nach Petrograd zurück. Am Tage nach seiner Ankunft vertrat er in zwei Versammlungen seine berühmten Aprilthesen. In der ersten waren nur Bolschewiki, in der zweiten auch Menschewiki anwesend. Diese Thesen stellten eine vernichtende Kritik der Politik dar, welche die Redaktion der "Prawda" seit der Februar-Revolution betrieben hatte (2). Sie wurden am 20. April in dieser für die Massen bestimmten Zeitung veröffentlicht. Am 21. April antwortete ihm Kamenew als Sprecher der Redaktion, der damals übrigens auch Stalin angehörte.

Schon diese beiden Tatsachen - 1. Vertreten seiner persönlichen, das Zentralorgan der Partei kritisierenden Ansichten vor Nicht-Parteimitgliedern durch Lenin und - 2. Diskussion der internen politischen Differenzen der Bolschewiki vor der Arbeiteröffentlichkeit - sind bemerkenswert und für uns in Österreich zweifellos lehrreich.

Am 7. Mai begann die VII. Konferenz (Aprilkonferenz) der Bolschewiki. Sie nahm die Thesen Lenins an; Kamenew blieb in der Minderheit. In der Frage des Aufbaues einer neuen revolutionären Internationale gab es auf dieser Konferenz eine Meinungsverschiedenheit zwischen Lenin und Sinowjew; in dieser Frage blieb Lenin in der Minderheit (3).

Das waren die politischen Differenzen zwischen Sinowjew-Kamenew und Lenin vom April 1917 (4). Sie kamen im Oktober 1917 (als sich die Partei vor die Aufgabe des bewaffneten Aufstandes gestellt sah) und kurze Zeit später (bei den Verhandlungen über die Bildung der ersten Räteregierung) in neuer Form wieder zum Ausdruck. An Hand der aus diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen vom Oktober/November 1917 stammenden Dokumente läßt sich das wirklich bolschewistische innere Parteiregime, lassen sich die Auffassungen Lenins über Parteidisziplin und Kritikfreiheit, läßt sich der vom ZK der Bolschewiki praktizierte demokratische Zentralismus ausgezeichnet studieren!

Die Differenzen über den bewaffneten Aufstand

Am 23. Oktober legte Lenin dem ZK einen Antrag über den bewaffneten Aufstand vor, der mit zehn gegen die zwei Stimmen von Sinowjew und Kamenew angenommen wurde (5). Zusätzlich wurde beschlossen, diese Resolution geheimzuhalten. In derselben Sitzung wurden Sinowjew und Kamenew trotz ihrer oppositionellen Meinung neben Bubnow, Lenin, Sokolnikow, Stalin und Trotzki in das neugeschaffene politische Büro gewählt. Einen Tag später überreichten sie dem ZK eine Erklärung, in welcher sie gegen die Resolution über den Aufstand protestierten. Diese Erklärung schickten sie gleichzeitig auch an die größeren Parteiorganisationen (6).

Die Resolution über den bewaffneten Aufstand wurde am 29. Oktober von einer gemeinsamen Versammlung des ZK und der Vertreter der führenden Parteiorganisationen eingehend diskutiert und mit 19 gegen zwei Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen bestätigt. Daraufhin gaben Kamenew und Sinowjew eine neue Erklärung ab, in der sie die

sofortige

Einberufung des ZK-Plenums forderten (7). Kamenew trat außerdem als Mitglied des ZK zurück, indem er erklärte, es sei ihm nicht möglich, den Standpunkt des ZK zu vertreten, da "diese Stellung die Partei und das Proletariat zur Niederlage führen muß".

Lenin begann noch am selben Abend seinen "Brief an die Genossen" zu schreiben. Darin setzt er sich sehr ausführlich mit den Gegenargumenten der Oppositionellen - einer Serie von pessimistischen und skeptizistischen Wenn und Aber (8) - auseinander. In der Einleitung zu diesem Brief sagt er:

"Die Argumente, auf die sich diese Genossen stützen, sind so schwach, in diesen Argumenten äußert sich eine so erstaunliche Kopflösigkeit und Verängstigung, ein solcher Zusammenbruch aller Grundideen des Bolschewismus und des revolutionär-proletarischen Internationalismus, daß es einem schwer fällt, für so schmachvolle Schwankungen eine Erklärung zu finden. Aber die Tatsache steht fest, und da eine revolutionäre Partei in einer so ernsten Frage keine Schwankungen dulden darf, da dieses Genossenpärchen, das seine Prinzipien verloren hat, immerhin eine gewisse Verwirrung stiften kann, tut es not, ihre Argumente zu analysieren, ihre Schwankungen aufzudecken und zu zeigen, wie schmachvoll sie sind" (9).

Einen Tag später, am 30. Oktober, meldete die parteifremde "Nowaja Schisn", daß "in der Stadt ein handschriftliches Flugblatt zirkuliert, das sich im Namen zweier angesehenen Bolschewiki gegen die Aktion erklärt", ohne die Namen der Verfasser dieses Flugblattes zu nennen. Von diesem Zeitpunkt an rückten die innerparteilichen Differenzen der Bolschewiki in ein neues Stadium. Denn von da an, wo die oppositionellen Ansichten Sinowjews und Kamenews in der Frage des bewaffneten Aufstandes - und damit indirekt auch die Position des ZK - trotz des ausdrücklichen Beschlusses, die Resolution über den bewaffneten Aufstand geheimzuhalten, öffentlich erörtert wurden, von da an, erst von da an rollten die politischen Meinungsverschiedenheiten die Frage der Parteidisziplin auf.

Lenin reagierte auf die neue Lage noch am 30. Oktober im Nachwort zu seinem "Brief an die Genossen". Nachdem er die erwähnte Meldung zitiert hatte, schrieb er:

"Wenn das wahr ist, so bitte ich die Genossen, in deren Hände dieser Brief frühestens Mittwoch mittags gelangen kann, ihn möglichst schnell drucken zu lassen. Er war nicht für den Druck bestimmt, sondern nur zur brieflichen Auseinandersetzung mit Parteimitgliedern. Wenn aber die nicht zur Partei gehörenden ... Helden aus der 'Nowaja Schisn' ... von Mitgliedern unserer Partei, die gegen den Aufstand agitieren, ein Flugblatt erhalten, so darf man nicht schweigen. Man muß auch für den Aufstand agitieren. Mögen die Anonymen endgültig ans Tageslicht treten und die wohlverdiente Strafe für ihr schädliches Schwanken erleiden, und sei es auch nur in Form des Gelächters aller klassenbewußten Arbeiter" (10).

Dieser Brief wurde dann tatsächlich im "Rabotschij Putj", dem Nachfolger der verbotenen "Prawda", am 1., 2. und 3. November abgedruckt. Er spielte bei der Mobilisierung der Kräfte für den bewaffneten Aufstand eine gewaltige Rolle. Seine Wirkung lähmte die schädlichen Folgen des Vornhaltens von Sinowjew und Kamenew fast vollkommen.

Bemerkenswert ist Lenins erste Reaktion auf den Vorfall: Er fordert zuerst keine Disziplinar-Maßnahme gegen Kamenew und Sinowjew, sondern er fordert die sofortige Veröffentlichung seiner eigenen Diskussionsschrift im Zentralorgan, um die beiden dem Gelächter der klassenbewußten Arbeiter preiszugeben!

Nachdem ihm der vollständige Text der in der "Nowaja Schisn" veröffentlichten Erklärung Kamenews und Sinowjews übermittelt worden war, setzte er sich am 31. Oktober und 1. November in zwei Briefen (11) sehr ausführlich mit der Frage, ob und warum das Verhalten der Oppositionellen ein Bruch der Parteidisziplin war, auseinander.

Und auch hier: zuerst die berühmte "wiederkauende" Analyse ihrer Haltung und erst als Schlußfolgerung disziplinäre Forderungen!

In diesen beiden Briefen heißt es u.a. (die Unterstreichungen stammen von Lenin selbst):

"Am Vorabend des kritischen Tages ... greifen zwei 'hervorragende Bolschewiki' in einer äußerst wichtigen Kampffrage einen unveröffentlichten Beschluß der Parteizentrale in einem nichtparteilichen Presseorgan an. ... In einer solchen Frage nach Beschlußfassung der Zentrale diesen unveröffentlichten Beschluß vor den Rodsjanko und Kerenski in einem außerparteilichen Blatt anzugreifen, - kann man sich ein verräterischeres, streikbrecherischeres Vorgehen vorstellen?"

"Dis zum Parteitag entscheidet das ZK. Das ZK hat entschieden. Kamenew und Sinowjew, die vor dem Beschluß schriftlich nicht auftraten, haben begonnen, gegen den Zentrale-Beschluß anzukämpfen, nachdem dieser schon gefaßt war. Das ist der vollendete Tatbestand des Streikbruchs. Nach Annahme eines Beschlusses ist keine Bekämpfung zulässig, insoferne es sich um die sofortige geheime Vorbereitung eines Streiks handelt."

"Ist es denn schwer zu begreifen, daß man für und gegen einen Streik agitieren darf, bevor in der Zentrale der Streik beschlossen ist, daß nach einem Streikbeschluß aber (nach dem Zusatzbeschluß, ihn vor dem Feind geheimzuhalten) gegen den Streik zu agitieren, Streikbruch ist?"

"Die Leitung einer Gewerkschaft hat nach monatelanger Diskussion beschlossen: Der Streik ist unvermeidlich und reif, den Zeitpunkt wollen wir vor den Unternehmern verheimlichen. Darauf wenden sich zwei Mitglieder der Leitung an die unteren Organisationen, um gegen diesen Beschluß zu agitieren, und erleiden einen Mißerfolg. Daraufhin gehen die beiden zur Presse und verraten durch eine Denunziantenlüge den Beschluß der Leitung an die Kapitalisten, untergraben damit den Streik zur guten Hälfte oder verzögern ihn bis zu einem schlechteren Zeitpunkt und warnen den Feind. Das ist der vollendete Tatbestand des Streikbruchs. Darum fordere ich den Ausschluß beider Streikbrecher."

"Zwei Mitglieder des ZK haben durch eine Denunziantenlüge den Kapitalisten die Beschlüsse der Arbeiter verraten. Die Antwort Antwort darauf kann und darf nur der sofortige Beschluß des ZK sein: 'Das ZK stellt fest, daß das Auftreten Sinowjews und Kamenews in der außerparteilichen Presse den vollendeten Tatbestand des Streikbruchs darstellt und schließt beide aus der Partei aus!'"

Diese Frage wurde vom ZK am 2. November behandelt. Es beschloß nach einer langen Diskussion, die Demission Kamenews anzunehmen, ihn und Sinowjew jedoch aus der Partei nicht auszuschließen. Es machte ihnen ferner zur Pflicht, "mit keinen Erklärungen gegen die Beschlüsse des ZK und die von diesem festgesetzte Linie der Arbeit aufzutreten".

Die Differenzen bei der Bildung der Räteregierung

Nachdem die Kerenski-Regierung gestürzt war und der II. Rätekongreß den Übergang aller Macht in die Hand der Räte festgestellt hatte, setzte er eine rein bolschewistische Räteregierung, den "Rat der Volkskommissare", ein. Die Opportunisten aller Art forderten jedoch eine "homogene sozialistische Regierung" und, als Vorbedingung, die Herstellung der vollen Pressefreiheit auch für die Bourgeoisie. Beide Forderungen wurden vom ZK der Bolschewiki und auch vom Zentralexekutivkomitee der Räte abgelehnt (12).

Die Presseforderung wurde unter den führenden Bolschewiki nur von Larin unterstützt. In der Regierungsfrage hingegen gab es die schwersten Differenzen. Am 14. November blieben Kamenew, Rykow, Rjasanow und Miljutin bei der Sitzung des erweiterten ZK, das sich mit den Verhandlungen über die Bildung einer sowjetischen Koalitionsregierung befaßte, in der Minderheit. Sinowjew hatte am 15. November die Aufgabe, die Position des ZK im ZEK der Räte zu vertreten, wobei er seiner Aufgabe unter dem Druck der Haltung der linken SR nur mangelhaft gerecht wurde. Die Opposition schwankte in dieser Frage sehr stark in der Richtung zum Opportunismus (13).

In diesen Tagen erreichten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bolschewistischen Partei ihren Höhepunkt und führten auch verschiedentlich zu offenen Brüchen der Aktionsdisziplin durch die Oppositionellen. Auf diese antwortete das ZK am 16. November mit folgendem Ultimatum:

"Wir fordern in schriftlicher Form eine kategorische Antwort auf die Frage, ob die Minderheit sich verpflichtet, sich der Parteidisziplin unterzuordnen und die Politik durchzuführen, die in der vom ZK angenommenen Resolution des Gen. Lenin festgelegt worden ist. Sollte eine ablehnende oder unbestimmte Antwort auf diese Frage erfolgen, so werden wir uns sofort an die Petersburger Parteileitung, an die Moskauer Parteileitung, an die bolschewistische Fraktion des Zentralexekutivkomitees, an die Petrograder Stadtkonferenz und an den Außerordentlichen Parteitag mit dem folgenden alternativen Antrag wenden: - Entweder muß die Partei die jetzige Opposition beauftragen, eine neue Regierung zusammen mit denjenigen ihrer Verbündeten zu bilden, in deren Interesse die Opposition jetzt unsere Arbeit sabotiert - dann werden wir gegenüber dieser neuen Regierung, die außer Schwankungen, Ohnmacht und Chaos nichts bringen kann, uns für vollkommen frei von allen Verpflichtungen halten. - Oder - und daran zweifeln wir nicht - die Partei wird die einzig mögliche revolutionäre Politik, die in dem gestrigen Beschluß des ZK zum Ausdruck gekommen ist, gutheißen, und dann muß die Partei die Vertreter der Opposition in energischer Form anhalten, ihre desorganisatorische Arbeit außerhalb unserer Parteiorganisationen zu verlegen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht und kann es nicht geben. Selbstverständlich wäre eine Spaltung eine außerordentlich traurige Tatsache. Aber eine ehrliche und offene Spaltung ist jetzt unvergleichlich besser als Sabotage innerhalb der Partei, als Durchkreuzung der eigenen Beschlüsse, Desorganisation und Ohnmacht" (14).

Auf dieses Ultimatum hin legten Kamenew, Sinowjew, Rykow, Rjasanow, Larin u.a. ihre verantwortlichen Funktionen im ZK und ZEK nieder, ohne aber ihre oppositionelle Tätigkeit innerhalb der Partei einzustellen. Das beantwortete das ZK am 18. oder 19. November mit einem zweiten Ultimatum, das folgenden Wortlaut hatte:

"Das ZK hat bereits einmal den führenden Vertretern eurer Politik (Kamenew und Sinowjew) ein Ultimatum gestellt und die völlige Unterordnung unter die Beschlüsse des ZK und seine Linie, den völligen Verzicht auf die Sabotage seiner Arbeit und auf die desorganisatorische Tätigkeit gefordert. - Da die Vertreter eurer Politik aus dem ZK austraten, aber in der Partei verblieben, nahmen sie dadurch die Verpflichtung auf sich, sich dem Beschluß des ZK zu unterordnen. Indessen beschränkt ihr euch nicht auf die Kritik innerhalb der Partei, sondern trägt Schwankungen in die Reihen der Kämpfer des noch nicht beendeten Aufstandes, fährt fort, unter Bruch der Parteidisziplin, außerhalb des Rahmens unserer Partei, in den Räten, in den Kommunalverwaltungen, in den Gewerkschaften usw. die Beschlüsse des ZK zu sabotieren, und behindert die Arbeit des ZK. - Infolge dessen ist das ZK gezwungen, sein Ultimatum zu wiederholen und euch nahezu legen, entweder sofort in schriftlicher Form die Verpflichtung zu übernehmen, euch den Beschlüssen des ZK zu unterordnen und bei jedem Auftreten die Politik des ZK durchzuführen, oder jede öffentliche Parteitätigkeit aufzugeben und von allen verantwortlichen Posten in der Arbeiterbewegung bis zum Parteitag zurückzutreten. - Im Falle einer Weigerung, eine dieser beiden Verpflichtungen zu übernehmen, wird das ZK gezwungen sein, die Frage eures sofortigen Ausschlusses aus der Partei zu stellen" (15).

Diese beiden Ultimata waren begleitet von einem Aufruf des ZK der SDAPR(B) "An alle Parteimitglieder und an die werktätigen Klassen Rußlands!". Unter ihrem Eindruck widerrief Sinowjew seine Demission öffentlich; Kamenew, Rjasenow u.a. hingegen protestierten gegen diese im "Pogromstil" gehaltenen "Proklamationen des ZK" und nahmen ihren Rücktritt fürs erste auch nicht zurück. Aus der Partei ausgeschlossen wurde keiner von ihnen (16).

Bevor wir auf die hier mit Recht an die Spitze gestellte Frage der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit näher eingehen, wollen wir die Quelle der revolutionären Disziplin aufzeigen.

Die "Großmut" und "Milde" des bolschewistischen ZK

Solange die Kritik innerhalb der Parteiorganisationen geführt wurde, forderte Lenin - trotz des dringendsten Charakters dieser Kampffrage - nicht, daß die Oppositionellen von ihren Funktionen enthoben, von jeder Tätigkeit in der Partei suspendiert oder gar aus der Partei ausgeschlossen werden. Nein, in erster Linie ging es ihm darum, die Argumente der Opposition zu analysieren! Lenin gehörte sicher nicht zu jenen Elementen, deren Tätigkeit sich in endlosem Diskutieren erschöpft - doch selbst während des bewaffneten Aufstandes und während seiner unmittelbaren Vorbereitung, selbst in der äußerst kritischen Situation vom Oktober/November 1917 blieb er seinem Prinzip treu: Ausdiskutieren aller taktischen Differenzen in der Partei bis zur letzten ideologischen und organisatorischen Konsequenz!

Er wußte sehr gut, daß politische Differenzen im Schoße einer Partei nie und nimmer durch die mechanische Anwendung des Prinzips der Parteidisziplin und durch die organisatorische Ausschaltung der Führer der Opposition überwunden werden können!

Er wußte sehr wohl, daß solche mechanisch-organisatorische Maßnahmen - leichtfertig oder gar "aus Prinzip" angewandt - die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nur noch vergrößern und ihre Klärung nur erschweren können!

Nur von diesem Gesichtspunkt aus wird die Praxis des ZK der Bolschewiki von 1917 verständlich. Erst als der vollendete Tatbestand des Streikbruchs eingetreten war, erst als nach einer monatelangen Diskussion in einer äußerst wichtigen Kampffrage ein aus schwerwiegenden Gründen nicht veröffentlichter Beschluß des ZK durch die Schuld der Opposition in einem nicht der Partei unterstehenden Blatt an die Bourgeoisie verraten worden war - erst von da an stellte Lenin die Frage des Bruchs, des Ausschlusses, der Spaltung. Und selbst hier betonte er immer wieder die Begleitumstände: - monatelange Diskussion, in der die Opposition nicht offen hervortrat - unmittelbare Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes - geheimer Beschluß des ZK - Auftreten in der nichtparteilichen Presse - faktischer Verrat während des Kampfes! Das ZK aber schloß sogar unter so erschwerenden Umständen die Oppositionellen nicht aus - trotzdem sie noch nach der Entscheidung des ZK und auch während der Aktion an der von der ZK-Mehrheit festgelegten Politik öffentlich, nicht nur intern, Kritik geübt hatten!

Der klarste Ausdruck der innerparteilichen Methoden der Bolschewiki findet sich aber in den beiden Ultimata, welche das ZK der Opposition stellte. Trotz der tatsächlichen Nichtbefolgung von Mehrheitsbeschlüssen und trotz des offenen Bruchs der Aktionsdisziplin durch die Minderheit - alles das während der kritischsten Phase des Aufstandes! - griff das ZK weder zur Suspendierung der Führer der Opposition von ihren Mitgliedsrechten noch zu ihrem Ausschluß aus der Partei. Nein, es überließ dieser selben Opposition (die, wie gesagt, erst unmittelbar vor dem Aufstand selbst hervorgetreten, also offenbar durch das Zurückschrecken vor der Konsequenz ihrer eigenen vorhergehenden Politik gekennzeichnet war) die Entscheidung darüber, ob die Differenzen einem außerordentlichen Parteitag unterbreitet werden sollen - trotzdem auf diese Weise die günstigste Chance für den bewaffneten Aufstand wahrscheinlich verpaßt worden wäre!

Hier wird vollkommen klar, daß für die Bolschewiki die Parteidisziplin kein abstraktes Prinzip war, sondern eine mit politischen Auffassungen untrennbar verbundene Angelegenheit. Sie stellten aus diesem Grunde die Forderung nach Disziplin und freiwilliger Anerkennung der Autorität der Leitung nie in den Vordergrund. Sie scheuten ferner in keiner Weise vor der Bildung von innerparteilichen Fraktionen, d.h. vor der Organisierung der Opposition zurück, wenn sich in der Diskussion, in der Praxis des politischen Kampfes Differenzen zeigten, welche voraussichtlich durch die individuelle Opposition nicht oder nur sehr schwer zu überbrücken waren (17).

In der organisatorischen Politik der Bolschewiki lag also das Hauptaugenmerk der Parteiführung bei der konsequenten Austragung der politischen Differenzen mit den Mitteln der organisierten ideologischen Auseinandersetzung. Selbst im Oktober/November 1917 ging sie von diesem bewährten Prinzip nicht ab, etwa zugunsten einer schnelleren "Lösung" der Differenzen mittels Disziplinarmaßnahmen. Denn sie war sich darüber klar, daß die Verlagerung politischer Differenzen und Diskussionen auf das disziplinär-organisatorische Gebiet - welche bei bürokratischer oder fetischistisch-sentimentaler Auffassung der Parteeinheit, bzw. der Parteidisziplin zwangsläufig eintritt - jedem positiven Erfolg der Auseinandersetzungen verhindert und unweigerlich zur inneren Versumpfung der Parteiorganisation führt! An der Verschüttung der eigentlichen politisch-ideologischen Meinungsverschiedenheiten oder an der Verhinderung ihrer sachlichen Austragung aber kann nur eine solche Parteiführung interessiert sein, die kein Vertrauen in ihre eigene Politik hat oder die eine vom revolutionären Wege abweichende Politik betreibt.

Die Bolschewiki waren auf dem konsequent-revolutionären Weg, sie hatten Vertrauen in ihre strategische Linie, in ihre taktischen Methoden und in die Arbeiterklasse - daher konnten sie sich jene "Großmut" und "Milde" gegenüber der streikbrecherischen, disziplinbrüchigen Opposition leisten. Mehr noch: Nur auf der Basis ihrer Politik konnte der demokratische Zentralismus die wirkliche Synthese von Parteidisziplin und Kritikfreiheit werden. In Verbindung mit einer falschen, den realen Kampfaufgaben nicht gerecht werdenden Politik ist die Forderung der Parteiführung nach straffer Disziplin eine bloße Begleiterscheinung ihrer Degeneration und ihres politischen Absterbens!

Die Bedingungen der revolutionären Disziplin

Parteidisziplin und Kritikfreiheit lassen sich nicht durch einfachen Beschluß zum demokratischen Zentralismus, diesem leitenden Prinzip der bolschewistischen Organisation, verschmelzen. Ohne ihr Programm, ihre Strategie und Taktik wäre z.B. die straffe Disziplin der Bolschewiki undenkbar. Andererseits können Parteidisziplin und Kritikfreiheit auch nicht unabhängig voneinander bestehen, ohne den politischen Charakter der Partei gründlich zu verändern. Der Versuch, diese beiden Forderungen künstlich voneinander zu trennen, kann nur aus einer falschen politischen Linie resultieren und zeigt eine solche an.

In seiner gegen den "radikalen Kommunismus" gerichteten Broschüre schrieb Lenin im April 1920, daß die strengste, wahrhaft eiserne Disziplin in der Bolschewistischen Partei eine der Hauptbedingungen des Erfolges der Bolschewiki gewesen sei. Aber, fragt er selbst, "wodurch erhält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats? Wodurch wird sie kontrolliert, wodurch gestärkt?"

"Erstens durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Hingabe für die Revolution, ihre Selbstbeherrschung, Selbstaufopferung, ihren Heroismus.

Zweitens dadurch, daß sie es versteht, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie mit der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse zu verbinden, zu vereinigen und, wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen.

Drittens durch die Richtigkeit der politischen Leitung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß die breitesten Massen sich von dieser Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen.

Ohne diese Bedingungen ist die Disziplin in einer revolutionären Partei, die tatsächlich fähig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen.

Ohne diese Bedingungen verwandeln sich die Versuche, Disziplin herzustellen, unvermeidlich in ein Nichts, in eine Phrase, in eine Komödie.

Diese Bedingungen aber können andererseits nicht mit einem Male entstehen. Sie werden nur durch langwierige Arbeit, durch schwere Erfahrung erzeugt, ihre Entwicklung wird nur durch die richtige revolutionäre Theorie erleichtert, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur im engen Zusammenhang mit der Praxis der wirklichen revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt" (18).

Dieses Zitat ist in keiner Weise aus einem besonderen Zusammenhang herausgerissen. Es stellt eine allgemeine Folgerung Lenins dar. Die in ihm ausgedrückte Grundauffassung zieht sich wie ein roter Faden durch alle seine Schriften. In den "Kinderkrankheiten" prägt sie Lenin vor allem jenen ein, die die wahrhaft gigantischen Leistungen der Räte-macht und der Bolschewistischen Partei zwar begeistert anerkennen, aber daraus nicht die nötigen Konsequenzen für ihre eigene Praxis ziehen. Er fordert diese Auch-Bolschewiken dringend auf, sie mögen ihre Beifallskundgebungen "häufiger mit der ernstesten Analyse der Ursachen verbinden, wieso die Bolschewiki die für das revolutionäre Proletariat unerläßliche Disziplin sich erarbeiten konnten" (18).

Ja, Genossen der derzeitigen Leitung der IKÖ, das ist auch an Euch gerichtet. Weist nicht nur auf die eiserne Disziplin der Bolschewiki hin, sondern analysiert vor allem ihre Bedingungen und Quellen! Fordert nicht nur "bolschewistische Disziplin", sondern betreibt wirkliche bolschewistische Politik! Dann wird die Sorge um die Aufrechterhaltung der Organisationsdisziplin eure geringste Sorge sein! In jedem anderen Fall aber schlittert ihr unweigerlich in die Rolle des Scharfrichters!

Was uns hier am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß für Lenin die Disziplin innerhalb der revolutionären Partei und der tatsächlich führende Einfluß dieser selben Partei auf die Massen untrennbar zusammenhängen, ineinanderfließen, sich gegenseitig bedingen, ja fast identisch sind! Es findet sich bei ihm nicht die leiseste Spur von jenem Geist, der in der Partei einen Messias, einen gesalbten Erlöser der Massen sieht und der eigenen Organisation diese Rolle zuweist. Der Bolschewismus, der wirkliche und nicht der eingebildete, hatte nichts gemein mit dem sektiererisch-ultimativen Geist, den z.B. Gen. Silo einmal mit dem Satz ausdrückte: "Das Proletariat wird leider auf uns warten müssen!" Wer auf wen? Wer sich darauf beschränkt, "mit Hilfe der Taktik der individuellen Auslese" eine neue Führung aufzubauen, und darauf verzichtet, sich vom Anfang an als politische Strömung mit dem Proletariat zu verbinden, der wird von ihm niemals als Führung anerkannt, sondern der wird von ihm mit souveräner Geste als lästiger Querulant beiseitegeschoben werden. Und der wird andererseits von einer chirurgischen Operation an der eigenen Organisation zur anderen getrieben werden, nur um sie "rein" zu halten! (19).

Natürlich wird man uns in diesem Zusammenhang auf Lenins "Was tun?" und auf den II. Parteitag der SDAPR (1903) hinweisen. Aber allem Schein zum Trotz: 1902 und 1920 war es ein und derselbe Lenin.

In "Was tun?" und auf dem historischen Parteitag, auf dem der Bolschewismus als selbständige politische Strömung geboren wurde, kämpfte Lenin gegen die ideologischen Wurzeln der organisatorischen Verschwommenheit und Handwerkerei. Er beweist darin die Notwendigkeit einer straff und zentralistisch geführten Parteiorganisation, die nur aus solchen Mitgliedern bestehen darf, welche "die Partei durch persönliche Mitarbeit in einer der Parteiorganisationen unterstützen". Er schrieb in dieser Schrift aber nicht nur von Disziplin und Konspiration. Er bewies darin wohl die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung der Partei von den Massen, aber gleichzeitig betonte er auch die Notwendigkeit ihrer innigen Verschmelzung mit diesen Massen im täglichen Klassenkampfe (20).

In den "Kinderkrankheiten" und auf dem 3. Weltkongreß der Komintern hingegen kämpften Lenin und Trotzki - welche auch hier die marxistisch-dialektischen Methoden der Analyse, die sie so scharf von allen Empirikern unterschied, zu den gleichen Schlußfolgerungen geführt hatte - gegen jene sehr starke und gefährliche "radikale"

Strömung in der Komintern, die sich aus so verschiedenartigen Elementen wie dem Syndikalismus, Putschismus, Sektierertum usw. zusammensetzte. Es ist also nur selbstverständlich, wenn Lenin in dieser Broschüre den Akzent nicht so sehr auf die Organisiertheit und Disziplin, sondern viel mehr auf die politischen Grundlagen und Voraussetzungen dazu legte. Gerade das aber ist die Seite, von der aus wir in Österreich unsere bisherigen Partei-Auffassungen zu überprüfen und zu berichtigen haben!

Erstens: Können wir uns dessen rühmen, daß wir in den vergangenen Kampftappen unsere Genossen im Geiste des Heroismus und der Selbstaufopferung für den sozialistisch-revolutionären Kampf erzogen haben? - Wir haben das bloße Lernen aus Büchern verherrlicht und eine rein passive Konspiration betrieben. Zugleich haben wir die Hingabe für die Revolution unbewußt mit einer Ergebenheit gegenüber der Organisation gleichgesetzt. - Das Ergebnis ist eine negative Auslese unserer Kader, ohnmächtiges Verschwörertum und Organisationsfetischismus.

Zweitens: Haben wir uns bemüht, uns als besondere politische Strömung und als organisierte Avantgarde mit den breitesten Massen der Werktätigen zu verbinden und im Klassenkampf mit ihnen zu verschmelzen? - Wir haben das "prinzipiell" abgelehnt, da wir doch "noch keine Partei" sind. Jene Genossen aber, die nach Kriegsende in der neuerstandenen Arbeiterbewegung zu Funktionären gewählt wurden, blieben bis heute im großen und ganzen auf sich selbst gestellt. - Das Ergebnis ist arrogante Überheblichkeit auf der einen, vorübergehendes Erschlaffen der besten und aktivsten, Verzagen und Indifferenz der schwächeren Genossen auf der anderen Seite!

Drittens: Konnten sich die breiten Massen durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit unseres Programms, unserer Strategie und Taktik überzeugen? - Wir haben sie ihnen "aus Prinzip" verschwiegen und werden dafür immer wieder mündlich wie schriftlich als Sektierer bezeichnet. Die Massen "müssen eben auf uns warten" bis wir bereit sein werden, sie zu führen! - Für jene unserer Genossen jedoch, die nicht nur in selbstgefälliger Einbildung, sondern die in der Tat am Kampfe der Massen teilnehmen und pflichtgemäß ihrer politisch-führenden Rolle gerecht zu werden versuchen, für sie wird die von der Leitung geforderte "Disziplin" teils zum Hornschuh und teils zur Peitsche. Auf diese Weise wird die Initiative der Mitgliedschaft - dieses kostbare Kleinod jeder revolutionären Organisation - zerstört und die Organisation von innen ausgehöhlt.

Im Grunde genommen, haben wir also bisher keine der drei Hauptbedingungen erfüllt, unter welchen allein sich die Disziplin in der Organisation erhalten, stärken und kontrollieren lassen kann. Die Bedingungen der elfjährigen Illegalität der österreichischen Arbeiterbewegung können wir als Milderungsgrund, nicht aber als Entschuldigung anführen. Denn was wir kritisch zu prüfen haben, ist nicht die Möglichkeit einer breiten politischen Tätigkeit unter dem Faschismus (das wäre absurd), sondern die "Theorie", welche diese breite Tätigkeit "für unser Keimstadium" mehr oder weniger aufrichtig überhaupt ablehnt! Was wir durchzuführen haben, ist nicht die sofortige und völlige Legalisierung unserer Kader, sondern ist der unverzügliche Übergang zu einer solchen breiten propagandistischen und agitatorischen Arbeit jetzt, wo es eine legale und lebendige Arbeiterbewegung wieder gibt. Diese Grundorientierung ist schon vier Jahre überfällig!

Es gilt für uns zu begreifen, daß ohne Erfüllung dieser Leninischen Bedingungen, ohne tatsächliche Verwirklichung der führenden Rolle seitens der Leitung auf die Dauer keine Disziplin in unseren

eigenen Reihen aufrechtzuerhalten und daß ohne tatsächliche Verwirklichung der führenden Rolle seitens unserer Organisation kein Einfluß auf das Proletariat zu erzielen ist. Wenn Lenin in einem Zuge von der Disziplin in der Partei und von deren politischem Einfluß auf die Massen spricht, dann bedeutet das zweierlei: - erstens daß die aktuelle Politik "nach außen" auf die Disziplin "im Inneren" unweigerlich rückwirkt und - zweitens daß eine straffe Disziplin nur als Folge und Ausdruck einer richtigen Politik der Führung möglich ist.

Wir müssen uns schließlich vorurteilslos eingestehen, daß alle Versuche der Leitung, die Organisationsdisziplin trotz ihrer grundsätzlichen und schädlichen Politik zu verteidigen, zu einer tragischen Komödie werden mußten - eben weil sie nicht bereit ist, sich dem Proletariat schon jetzt als besondere politische Strömung zu präsentieren und ihm so die Möglichkeit zu geben, sich durch eigene Erfahrung von der Richtigkeit unseres Programms, unserer Strategie und Taktik zu überzeugen; eben weil sie geradezu darauf versessen ist, dem Proletariat - wenn auch erst in Jahrzehnten! - mit einer fix und fertigen Partei samt eigenem Programm aufzuwarten und diese in ultimativer Weise als die einzige Alternative hinzustellen; eben weil sie die bolschewistische These, wonach die revolutionäre Theorie erst "im engen Zusammenhang mit der Praxis der wirklichen revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt", stur bekämpft.

Disziplin in der Aktion - Freiheit der Diskussion!

Um es zu wiederholen: Das Prinzip der Parteidisziplin ist - wie alle revolutionären Prinzipien - kein abstraktes Prinzip und läßt sich nicht mechanisch anwenden. Es darf weder als Ersatz für eine erfolgreiche Politik gebraucht noch darf, im Falle der formellen Berechtigung seiner Anwendung, vom Charakter der ideologisch-politischen Wurzeln einer disziplinbrüchigen Handlung abgesehen werden. Marxisten müssen auch "Illoyalitäten" und "Disziplinbrüche" konkret, d.h. in ihrer Beziehung auf die aktuelle Politik der Partei, bzw. ihrer Führung prüfen.

Der Grundsatz der disziplinierten Befolgung von Mehrheitsbeschlüssen durch die Minderheit ist unantastbar. Wird ihm entgegengehandelt, bricht der demokratische Zentralismus, bricht die revolutionäre Organisation zusammen. Auch unsere Oppositionellen haben gegen diesen Grundsatz bisher in keiner Weise verstoßen. Die Leitung wirft ihnen dennoch verschiedene "Disziplinbrüche" und sogar "Anarchismus" vor. Was liegt dem zugrunde?

Die Minderheit einer revolutionären Organisation ist verpflichtet, alle Beschlüsse der Mehrheit diszipliniert zu befolgen. Dieser Grundsatz bezieht sich auf die Aktion nach außen, er kann aber nie und nimmer für die innerorganisatorische politische Auseinandersetzung gültig sein. Und gerade auf diesem Gebiet liegen die Fehler unserer derzeitigen Leitung.

Ein Beispiel möge genügen. Die Leitung erklärte ihren Beschluß über die Liquidierung der Arbeitsgemeinschaft "S." zu einer Aktion. Vor Beschlußfassung hatte außer den Mitgliedern der Leitung nur ein einziger Genosse Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen; er wandte sich entschieden gegen diesen Schritt und die in ihm zum Ausdruck kommenden Methoden. Nach Ansicht der Leitung leitete dieser Beschluß eine Aktion ein; in Wirklichkeit beendete er eine laufende Aktion, die wir zusammen mit außerhalb unserer Reihen stehenden Genossen führten. Die Leitung erklärte ferner, diese "Aktion" habe mit der Annahme des Beschlusses in der Leitung begonnen. Damit bestätigte sie nur, daß dieser wichtige Schritt von der Mitgliedschaft im be-

sten Fall nur mehr "mitten in der Aktion" oder gar erst "nach der Aktion" diskutiert und kritisiert werden konnte. Die Oppositionellen fügten sich dennoch dem Auflösungsbeschluss lückenlos. Auch jene von ihnen, die in der Arbeitsgemeinschaft direkt oder indirekt tätig gewesen waren, führten ihn diszipliniert durch. Aber sie kritisierten ihn gleichzeitig innerhalb der Organisation. Und gerade das war für eine Leitung, die mehr auf einen Vertrauenscredit seitens der Mitgliedschaft und weniger auf die Erfolge ihrer Politik angewiesen ist, entschieden zu viel!

Alles was nach der Liquidierung der Arbeitsgemeinschaft "S." in unserer Organisation geschah und noch geschehen mag, ist nur mit jener Geschichte von der bösen Tat, die fortzeugend Böses gebärt, vergleichbar. Die treibende Kraft dabei war und ist die sektiererische Grundeinstellung zu unseren aktuellen Aufgaben und zur Frage der Herausbildung der revolutionären Arbeiterpartei überhaupt.

Die Methoden unserer derzeitigen Leitung beinhalten die mehr oder weniger bewusste Übertragung des Prinzips der straffen Aktionsdisziplin auf die interne Diskussion. Ihre Praxis trieb sie dazu, jeden politischen Beschluß, der voraussichtlich auf eine stärkere Opposition stoßen würde, zu einer "Aktion" zu erklären und so die Parteidemokratie ad absurdum zu führen! Selbst ein rein organisatorischer Beschluß, wie etwa die Umbildung von Zellen, war und ist in ihrer Praxis eine solche "Aktion - während welcher es nur die strikte, kritiklose Durchführung gibt". Hier wird der sektiererische Pferdefuß ihrer pseudo-bolschewistischen Parteiauffassung vollends sichtbar!

Infolge dieser Methoden führt die kollektive Auswertung der praktischen Erfahrungen und die durch sie bedingte laufende Konkretisierung der politischen Linie unserer Arbeit ständig zu Konflikten zwischen den aktiven und kritischen Mitgliedern und der sektiererischen Leitung. Die politische Führung, die Erfüllung der führenden Rolle ist für unsere Leitung letzten Endes eine organisatorische und weniger eine politische Aufgabe. Die Methoden, die sie dabei bevorzugt, sind im wesentlichen mechanischen Charakters und tragen bisweilen ausgesprochen autoritäre Züge. Sie möge sich daher nicht wundern, wenn bei manchem Genossen Stimmungen auftreten sollten, die Disziplin ihr gegenüber in Frage zu stellen oder gar abzulehnen. Das wäre zweifellos eine falsche und verhängnisvolle, wenn auch psychologisch durchaus verständliche Schlußfolgerung aus den Methoden der Leitung. Damit würden wir ins entgegengesetzte Extrem verfallen, vom Regen in die Traufe gelangen. Aber - und das muß festgehalten werden - diese individuell-disziplinbrecherischen Stimmungen (von mehr als "Stimmungen" kann man keineswegs reden!) sind nichts anderes als primitive Reaktionen auf die sektiererische Praxis der Leitung! Sie werden sich bei uns nicht weiter entwickeln, dessen sind wir gewiß!

Die disziplinären Auffassungen und Methoden unserer derzeitigen Leitung haben also - das sei unsere abschließende Antwort auf die eingangs gestellte Frage - nichts mit der bolschewistischen Auffassung von Parteidisziplin gemein! Im Gegenteil: sie entstellen diese und bringen sie in Verruf! Sie entspringen dem unfruchtbaren und kräftezerstörenden Sektierertum, bzw. seiner speziell österreichischen Erscheinungsform!

Wien, im Oktober 1949

Erste Nachbemerkung

Zwei Drittel dieser Arbeit waren schon geschrieben als mir am 11. Oktober mitgeteilt wurde, daß die Leitung - nach einer unbegründeten Verzögerung von fast elf Wochen, während welcher Zeit ich von jeder Tätigkeit in der Organisation suspendiert war! - meinen "Disziplinarfall" nun endlich doch der Disziplinarkommission zur Behandlung übergeben habe. In den darauf folgenden Tagen wurde das restliche Drittel fertiggestellt, so daß die gesamte Arbeit schon vorlag, als die Leitung, bzw. ihre Fraktion den Spaltungsbeschluß vom 5. November faßte, die Disziplinarkommission kurzerhand auflöste, die Statuten (Punkt 18) außer Kraft setzte und den Ausnahmezustand (:) in der Organisation verhängte.

Dieser schändliche Schritt ist zweifellos eine Konsequenz jener Methoden, gegen die sich die vorliegende Arbeit wendet. Er bestätigt die in ihr gezogenen Schlußfolgerungen. Die durch ihn hervorgerufene Lage rollt darüber hinaus unweigerlich die Frage nach den Grenzen der Organisationsdisziplin auf. Sie liegen nach meiner Meinung dort, wo das Sektierertum nicht nur kräfte-, sondern auch programmzerstörend zu wirken beginnt.

Diese Frage wurde im Entwurf zu dieser Arbeit kurz behandelt, dann aber aus verschiedenen Gründen - vor allem wegen der Länge der ganzen Arbeit - herausgenommen. Sie muß, glaube ich, so bald wie möglich in einer eigenen Arbeit und mit der nötigen Ausführlichkeit behandelt werden. Augenblicklich aber sind wir "gezwungen" über unsere Parteauffassungen nicht nur zu schreiben, sondern sie vor allen Angehörigen der IKÖ und vor der ganzen Internationale praktisch zu demonstrieren.

Wien, Ende November 1949

+

Zweite Nachbemerkung

Die vorliegende Arbeit wurde vor nur drei bis vier Monaten geschrieben und hinterläßt dennoch einen überholten Eindruck. So gründlich hat sich die Lage in der österreichischen Sektion der Vierten Internationale seither geklärt. Die Opposition hat in diesen Monaten vieles aus dem Fragenkomplex der Rechte und Pflichten einer politischen Minderheit, darunter auch die Frage der Organisationsdisziplin, praktisch lösen müssen. Sie hat darüber offen und ausführlich Rechenschaft abgelegt (21).

In der Zeit, wo wir mit diesen Problemen rangen, machte uns ein Genosse auf folgende Worte Trotzki aufmerksam, die wir hier anführen, mag Trotzki in der IKÖ auch als "Opportunist in organisatorischen Fragen" und daher in dieser Hinsicht nicht als Autorität gelten.

"Fraktionen existierten in der Bolschewistischen Partei als zeitweilige Meinungsgruppierungen während ihres ganzen Lebens - ausgenommen eine kurze Periode im Jahre 1921, wo sie durch einen einstimmigen Beschluß der Führung als eine extreme Maßnahme während der akuten Krise verboten waren... Im allgemeinen ist es am besten, kleinbürgerlichen Tendenzen zu ermöglichen, sich ganz zu entfalten, so daß sie sich selbst bloßstellen können. Wenn es keine solche Tendenzen gibt, wenn die Mitgliedschaft ziemlich homogen ist, wird es nur zeitweilige Gruppierungen geben, es sei denn, daß die Führung im Unrecht ist. Und das wird sich am besten in der Praxis zeigen. Wenn sich eine Differenz zeigt, sollte eine Diskussion stattfinden, eine Abstimmung durchgeführt und eine Mehrheitslinie angenommen werden. Man darf die Minderheit nicht nachteilig behandeln; jede per-

sönliche Feindseligkeit wird nicht sie, sondern die Führung kompromittieren. Eine wirkliche Führung wird einer disziplinierten Minderheit gegenüber freundschaftlich und loyal sein.

Es ist natürlich wahr, daß eine Diskussion immer gewisse Gefühle hervorruft, die für eine Zeitlang bleiben. Das politische Leben ist voll von Schwierigkeiten; Persönlichkeiten stoßen zusammen; sie erweitern ihren Zwist; sie geraten sich in die Haare. Diese Differenzen müssen überwunden werden durch gemeinsame Erfahrung, durch Erziehung der Mitgliedschaft und indem die Führung beweist, daß sie recht tut. Die Disziplin gründet sich auf die Erziehung, nicht nur auf die Statuten.

Zu organisatorischen Maßnahmen sollte man nur in extremen Fällen schreiten. Es war das elastische Leben in ihr, welches der Bolschewistischen Partei erlaubte, ihre Disziplin zu untermauern. Selbst nach der Eroberung der Macht stimmten Bucharin und andere Mitglieder der Partei in der Zentral-Exemutive in wichtigen Fragen, so in der Frage des Friedens mit Deutschland, gegen die Regierung. Damit stellten sie sich in eine Reihe mit jenen Sozialrevolutionären, die bald darauf einen bewaffneten Aufstand gegen den Rätestaat versuchten. Aber Bucharin wurde nicht ausgeschlossen. Lenin sagte sinngemäß: 'Wir wollen einen gewissen Mangel an Disziplin dulden. Wir wollen ihnen zeigen, daß wir im Recht sind. Morgen werden sie erfahren, daß unsere Politik richtig ist, und nicht so schnell disziplinbrüchig werden. Damit empfehle ich den abweichenden Genossen nicht, die Anmaßung Bucharins nachzuahmen. Ich rate vielmehr, daß die Führung aus der Geduld und dem Takt Lenins lerne. Allerdings, wenn es notwendig war, konnte er das Rasiermesser ebenso gut handhaben wie die Bürste...' (22).

Wiederholen wir es: "Im allgemeinen ist es am besten, kleinbürgerlichen Tendenzen zu ermöglichen, sich ganz zu entfalten, so daß sie sich selbst bloßstellen können. Wenn es keine solche Tendenzen gibt, wenn die Mitgliedschaft ziemlich homogen ist, wird es nur zeitweilige Gruppierungen geben, es sei denn, daß die Führung im Unrecht ist. Und das wird sich am besten in der Praxis zeigen"!

Ist die IKÖ-Opposition eine kleinbürgerliche Tendenz, hat sie sich als solche bloßgestellt? Ihre Dokumente und Praxis beweisen das Gegenteil. Und dennoch haben sich die beiden IKÖ-Fraktionen nicht nur nicht als nur zeitweilige Gruppierungen herausgestellt; die Leitung hat die Opposition durch formellen Beschluß ausgeschlossen. Die Opposition tritt auch weiterhin für die organisatorische Einheit der trotzkistischen Bewegung Österreichs ein, da nach ihrer Ansicht die gegenwärtige Spaltung politisch nicht gerechtfertigt ist und eine schwere Schädigung der revolutionären Arbeit darstellt. Aber die Leitung spaltete nicht nur die Organisation, sie lehnte auch die gemeinsame Organisierung und Führung der Tätigkeit in den Betrieben, Gewerkschaften und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung durch schriftliche Erklärung ab (23).

"Es sei denn, daß die Führung im Unrecht ist. Und das wird sich am besten in der Praxis zeigen"! Es liegt nunmehr an der Opposition, in der Tat zu beweisen, daß sie imstande ist, die trotzkistische Bewegung Österreichs wieder zu vereinigen und zu neuen Erfolgen zu führen.

Wien, Mitte Februar 1950

A n m e r k u n g e n

(1) Siehe "Spartakist" Nr. 42 und "Mitteilungen" der IKÖ Nr. 20

(2) Die wesentlichste Differenz zwischen Lenin und der "Prawda" war: Er forderte eine sofortige und klare Ausrichtung der Partei auf die Linie des Übergangs von der ersten (bürgerlichen) zur zweiten (sozialistischen) Etappe der Revolution, während die "Prawda" die Ansicht vertrat, daß die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht abgeschlossen sei. In den Schlußfolgerungen drückte sich diese taktische Differenz so aus: Lenin war auf den Übergang der Macht in die Hand der Räte, die Redaktion der "Prawda" hingegen war auf die Kontrolle der bürgerlichen Provisorischen Regierung durch die Räte orientiert.

(3) Sinowjew, und mit ihm die Mehrheit der Aprilkonferenz, sprach sich aus für das Verbleiben der Bolschewiki in der Zimmerwalder Vereinigung, deren Mehrheit und Führung zentristisch war. Lenin schlug vor, die Bolschewiki sollten in dieser internationalen Organisation nur zu Informationszwecken verbleiben und Kurs auf die beschleunigte Bildung der Kommunistischen Internationale nehmen.

(4) Trotzki kehrte erst Mitte Mai aus der Emigration nach Petrograd zurück. Er war damals noch nicht Mitglied der Bolschewistischen Partei, sondern der namhafteste Führer der "Zwischengruppe" ("Menschurajonzi", "Interrayonisten"), die sich auf dem VI. Parteitag (August 1917) mit den Bolschewiki vereinigte. Trotzki stand seit 1904 außerhalb beider Fraktionen der SDAPR und unternahm eine Reihe von Versuchen, die Bolschewiki und Menschewiki zu vereinigen. Von der Aussichtslosigkeit einer solchen Vereinigung überzeugte er sich erst während des Weltkrieges. In dieser Frage des organisatorischen Verhältnisses zu den Menschewiki lag seine wesentliche Differenz zu Lenin. Trotzki wurde vom VI. Parteitag in das ZK gewählt.

Im März 1917 schrieb Trotzki in New-York eine Artikelserie, die sich mit den Klassenkräften und Perspektiven der russischen Revolution beschäftigte. Darin kam er, ohne die Stellung Lenins zu kennen, in allen wesentlichen Punkten zu denselben Schlußfolgerungen wie dieser. Nach seiner Rückkehr solidarisierte er sich sofort mit der Einschätzung der Revolution, ihrer Perspektiven und der strategischen Linie, wie sie kurz vorher die Aprilkonferenz der Bolschewiki festgelegt hatte. Diese grundlegende Übereinstimmung zwischen Lenin und Trotzki war auch im Oktober/November 1917 vorhanden. Hinsichtlich der Theorie und Praxis der permanenten Revolution waren sich die beiden einig.

Stalin war vor der Rückkehr Lenins Mitglied der "Prawda"-Redaktion. Er vertrat also die opportunistische Konzeption von der sozialen Revolution. Nachdem Lenins April-Thesen bekannt geworden waren, nahm Stalin zunächst eine abwartende Stellung ein; auf der Aprilkonferenz schlug er sich stillschweigend auf die Seite der Mehrheit. Während der Differenzen vom Oktober/November spielte er eine durchaus untergeordnete Rolle, die im besonderen von einer empiristisch-eklektischen Haltung gekennzeichnet war. Daß er in Wirklichkeit seinen grundlegenden politischen Charakter, wie er in der "Prawda" von den April zum Ausdruck gekommen war, niemals geändert hatte, zeigte sich später während der chinesischen Revolution 1925-1927, wo unter seiner Führung die opportunistische Konzeption von der etappenweisen Revolution praktiziert wurde und der Konterrevolution unter Tschiang-Kai-schek zum Siege verhalf. Die Linksoption hat damals bekanntlich unter Trotzki's Führung gefordert, daß die Komintern eine Politik der permanenten Revolution verfolge.

(5) Hier der Text der Resolution: "Das ZK stellt fest, daß sowohl die internationale Lage der russischen Revolution ..., als auch die militärische Lage ... und die Eroberung der Mehrheit in den Räten durch die proletarische Partei - daß all' das im Zusammenhang mit dem Bauernaufstand, mit der Tatsache, daß sich das Vertrauen des Volkes unserer Partei zugewandt hat ... und endlich mit der offenkundigen Vorbereitung eines zweiten Kornilow-Abenteuers ... - den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzt. - Das ZK stellt fest, daß der bewaffnete Aufstand unvermeidlich und völlig reif ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich dementsprechend zu verhalten und alle praktischen Fragen von diesem Gesichtspunkte aus zu besprechen und zu entscheiden ..."

Zitiert aus dem Band 6 von Lenins ausgewählten Werken, herausgegeben von der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau/Leningrad 1933, S.307. - Siehe auch Band II der ausgewählten Werke Lenins, herausgegeben vom Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S.151.

(6) Der Text der Erklärung ist im Anhang zum Band XXI der sämtlichen Werke Lenins, S.613 ff. zu finden. Dieser Band steht mir derzeit nicht zur Verfügung. - Kamenew und Sinowjew waren gegen den Aufstand oder jedenfalls für die Vertagung der ganzen Frage bis zum Rätekongreß, der für 2. November einberufen war, dann aber auf den 7. November verschoben wurde. Lenin schrieb am 6. November an die Mitglieder des ZK, daß Fragen auf der Tagesordnung stünden, "die nicht durch Konferenzen, durch Kongresse (selbst nicht durch Rätekongresse) entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen" (Band 6/1933, S.338 und Band II/1947, S.156).

(7) Bei der Sitzung des ZK vom 23. Oktober, auf der die Resolution über den bewaffneten Aufstand beschlossen wurde, waren nur zwölf ZK-Mitglieder anwesend u.zw. Bubnow, Dzierzynski, Kamenew, Kollontai, Lenin, Lomow, Sinowjew, Sokolnikow, Stalin, Swerdlow, Trotzki und Uritzki. Das war die Mehrheit des Plenums und von den übrigen ZK-Mitgliedern wußte man, daß ihre Mehrheit mit Sinowjew und Kamenew nicht einverstanden war. Kamenew selbst hatte auf derselben Sitzung vom 23. Oktober erklärt, daß sie beschlußfähig sei.

(8) Hier einige dieser Ausflüchte: "Wir haben nicht die Mehrheit im Volke, wir sind nicht stark genug, 'alle' sind gegen uns, wir sind isoliert", "Die Räte sollen die Pistole sein, der Regierung auf die Brust gesetzt mit der Forderung, die Konstituierende Versammlung einzuberufen und auf Kornilowsche Anschläge zu verzichten; wir werden mit jedem Tag stärker, wir können als starke Opposition in die Konstituierende Versammlung gehen, wozu sollen wir alles aufs Spiel setzen", "Ja, wenn die Kornilowisten wieder anfangen, dann würden wir es ihnen zeigen! Aber selbst anfangen, wozu das riskieren?", "In der internationalen Lage gibt es eigentlich nichts, was uns verpflichten würde, unverzüglich in Aktion zu treten, wir würden eher der Sache der sozialistischen Revolution in Westeuropa schaden, wenn wir uns erschießen ließen", "Wenn wir aber die Macht ergreifen und weder einen Waffenstillstand noch einen demokratischen Frieden erlangen, so kann es passieren, daß die Soldaten den revolutionären Krieg nicht mitmachen wollen, was dann?" (Von Lenin zitiert im Band 6/1933, S.309 ff.).

Lenin summierte: "Die Schwäche der ideellen Argumente gegen den Aufstand wird um so klarer, je mehr wir sie ans Tageslicht ziehen. ... Diese mit Verlaub zu sagen 'ideellen Argumente' lassen sich auf zwei reduzieren: - Erstens: Abwarten der Konstituante. Warum wir, vielleicht halten wir durch. Das ist das ganze Argument. Vielleicht

können wir trotz Hunger, trotz Zerrüttung, trotz Erschöpfung der Geduld der Arbeiter, trotz Rodsjankoscher Maßnahmen zur Auslieferung Petrograds an die Deutschen doch noch durchhalten. 'Vielleicht' und 'mag sein', das ist die ganze Kraft des Arguments. - Zweitens: Ein hysterischer Pessimismus. Bei der Bourgeoisie und bei Kerenski ist alles ausgezeichnet, bei uns ist alles schlecht. Bei den Kapitalisten ist alles großartig vorbereitet, bei den Arbeitern alles schlecht" ("Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki" vom 31. Oktober, Band 6/1933, S.331).

Den Geist, der aus diesen Argumenten Sinowjews und Kamenews spricht, haben auch wir in den Auseinandersetzungen der beiden vergangenen Jahre kennengelernt: das mangelnde Vertrauen in die Kraft der eigenen Organisation und in die Kraft der Massen, das Zurückweichen vor den Konsequenzen des eigenen Programms und die mangelnde Prinzipientreue. Es ist der Geist der politischen Feigheit. Die Ausflüchte der "Pessimisten" bleiben trotz aller Variationen doch immer dieselben!

(9) Zitiert aus dem Band 6/1933, S.308 f.

(10) Zitiert aus dem Band 6/1933, S.327 f.

(11) "Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki" vom 31. Oktober, siehe Band 6/1933, S.329 ff und Band II/1947, S.152 ff. - "Brief an das ZK der SDAPR" vom 1. November, siehe Band 6/1933, S.333 ff. - Hier wurde alles aus dem Band 6/1933 zitiert.

(12) Die Forderung nach "Wiederherstellung der Pressefreiheit" wurde auch von den Menschewiki-Internationalisten (Martow) und den linken SR erhoben. Da die Bolschewiki in den Räten die Mehrheit hatten und ihr ZK diese Forderung abgelehnt hatte, wurde sie auch vom ZFK abgelehnt. In der Resolution des letzteren hieß es: "Das Verbot der bürgerlichen Zeitungen war nicht nur durch die bloßen Kampferfordernisse in der Periode des Aufstandes und der Unterdrückung der konterrevolutionären Versuche hervorgerufen, sondern ist auch eine notwendige Maßnahme zur Einführung eines neuen Presseregimes, bei dem die Kapitalisten, die Eigentümer der Druckereien und des Papiers, nicht als selbstherrliche Fabrikanten der öffentlichen Meinung auftreten können... Die Wiederherstellung der sogenannten 'Pressfreiheit', d.h. die einfache Zurückgabe der Druckereien und des Papiers an die Kapitalisten, die das Bewußtsein des Volkes vergiften, wäre eine unzulässige Kapitulation vor dem Willen der Kapitalisten; wäre die Preisgabe einer der wichtigsten Positionen der Arbeiter- und Bauernrevolution, d.h. eine Maßnahme unbedingt konterrevolutionären Charakters" (Band 6/1933, S.644).

Mit der Ergänzung der Räteregierung durch Vertreter der nicht-bolschewistischen Parteien erklärten sich das ZK und das ZEK der Räte nur unter bestimmten Bedingungen einverstanden. In seinem Aufruf vom 17.-19. November erklärte das ZK hierzu: "In Rußland darf es keine andere Regierung geben als die Räteregierung. In Rußland ist die Rätewacht erobert worden, und der Übergang der Regierung aus den Händen der einen Rätepartei in die Hände einer anderen Rätepartei ist ohne jede Revolution, durch einfachen Beschluß der Räte, durch einfache Neuwahlen der Rätebeauftragten sichergestellt. Der II. Allrussische Rätekongreß hat der Partei der Bolschewiki die Mehrheit gebracht. Nur eine Regierung aus Vertretern dieser Partei ist deshalb eine Räteregierung" - und - "Wir halten fest an dem Grundsatz der Rätewacht, d.h. der Macht der Majorität auf dem letzten Rätekongreß, wir sind nach wie vor damit einverstanden, die Macht mit der Minderheit in den Räten zu teilen, unter der Bedingung einer loyalen, ehrlichen Verpflichtung dieser Minderheit, sich der Mehr-

heit unterzuordnen und das Programm durchzuführen, das der gesamte II. Allrussische Rätekongreß bestätigt hat und das in allmählichen, aber festen und entschiedenen Maßnahmen zur Verwirklichung des Sozialismus besteht" (Band 6/1933, S.422 und 426).

Die Verhandlungen zur Ergänzung der rein bolschewistischen Regierung durch Vertreter anderer Räteparteien führten insofern zu einem Erfolg, als Ende November vier Vertreter der linken SR in sie eintraten. Diese verblieben darin jedoch nur bis zum Frühjahr 1918, wo sie im Zusammenhang mit dem Brest-Litowsker Friedensvertrag und der Bildung der Komitees der Dorfarmut die Koalition sprengten. Im Juni 1918 organisierten sie sogar einen Putsch gegen die Rätewacht, der in wenigen Stunden niedergeschlagen wurde.

(13) Das erweiterte ZK beauftragte am 14. November (gegen die Opposition der vier Genossen) die Delegation, die zu den Unterhandlungen über die Bildung der Regierung entsandt wurde und übrigens unter Führung von Kamenew stand, "zum letzten Male aufzutreten, die Unmöglichkeit der Bildung einer Regierung aus allen sogenannten sozialistischen Parteien aufzudecken und die Verhandlungen abzubrechen". Am 15. November stellte das ZK fest, daß ein Zurückweichen vor dem Ultimatum der Menschewiki und SR unmöglich sei. Sinowjew dürfte (nach den Anmerkungen der stalinistischen Redaktion der Lenin-Ausgabe von 1933) trotzdem den linken SR eine Reihe von Konzessionen zugestanden haben, die gegen die Linie der Partei verstießen.

(14) Zitiert aus Band 6/1933, S.642.

(15) Zitiert aus Band 6/1933, S.421.

(16) In seinem Testament schrieb Lenin am 25.XII.1922: "Ich will nur daran erinnern, daß die Oktoberepisode Sinowjews und Kamenews natürlich kein Zufall war, daß man sie aber ebensowenig wie die frühere Nichtzugehörigkeit Trotzki zum Bolschewismus zu persönlichen Angriffen ausschlagen darf".

Trotzki stellte in seiner Erwiderung auf die stalinschen Geschichtsfälschungen im Jahre 1927 fest: "Gen. Kamenew, der damals eine zögernde und für die Bewegung schädliche Haltung einnahm, deren Verkehrtheit er schon längst anerkannt hat, beteiligte sich dann an den eigentlichen Ereignissen der Revolution doch sehr tätig. Die entscheidende Nacht vom 25. zum 26. Oktober (7. zum 8. November) verbrachten Kamenew und ich im Quartier des Revolutionären Soldatenausschusses, indem wir Anfragen beantworteten und an Telefon Befehle austeilten".

Diese beiden Zitate sind geeignet, das Bild vom "Fall Sinowjew-Kamenew 1917" abzurunden und die "Milde" des ZK zu illustrieren. Die Disziplinar-Verstöße der beiden waren gewiß schwer - aber ihnen lagen schwere taktische Differenzen über die aktuellen Aufgaben und die unermüdlige revolutionäre Tätigkeit zugrunde" - Diese Zitate stammen aus "Die wirkliche Lage in Rußland", von Leo Trotzki, Avallun-Verlag, 17.-33. Tausend, S.257 und S.177

(17) Gen. Bruno - der den "Monolithismus" der revolutionären Partei preist und in seiner Naivität gar nicht beachtet, daß die "monolithische und granitene Partei" Stalinschen Ursprungs ist und den Tod alles politisch-demokratischen inneren Parteilebens und die Spaltung der Partei in eine aktiv führende Bürokratie einerseits und eine Mitgliedschaft mit heuchlerisch-demokratischen Rechten andererseits bedeutet - er wird gewiß über folgende historische Tatsachen staunen, falls er die Falschheit seiner Ansichten nicht schon selbst erkannt hat. Auch Gen. Sacha - der den "Fraktionsgeist" der Opposition (dieses natürliche und berechtigte Streben nach einem möglichst hohen Grad von Organisiertheit in der internen Debatte)

so sehr haßt - auch er kann aus dieser historischen Tatsache etwas lernen.

Auf dem 3. Kongreß der Komintern entstand die Gefahr, daß die Politik der Komintern sich in der ultralinken Linie der Ereignisse in Deutschland vom März 1921 - "Elektrisierung" des Proletariats zwecks künstlicher Schaffung einer revolutionären Situation - entwickelt. Die Stimmung auf dem Kongreß war dafür, schließlich aber behielt der "rechte" Flügel unter Lenin-Trotzki doch die Oberhand. Lenin ließ sich vorher Trotzki kommen und besprach sich mit ihm, nachdem Trotzki dasselbe schon vorher brieflich mit Radek getan hatte. Weiter erzählt Trotzki: "In der Einschätzung der Lage und ihrer Probleme waren wir (Lenin und Trotzki) völlig einer Meinung. Nach dieser Besprechung ließ Wladimir Iljitsch den Gen. Kamenew kommen, um sich einer Mehrheit im politischen Büro zu versichern. Da damals das politische Büro aus fünf Genossen bestand, so waren wir mit Kamenew zu dritt und hatten infolgedessen die Majorität. Aber in unserer Delegation auf der Komintern waren auf der einen Seite die Genossen Sinowjew, Bucharin, Radek, auf der anderen Seite Wladimir Iljitsch, ich und Kamenew, und wir hatten auch, nebenbei gesagt, besondere Sitzungen dieser Gruppen. Wladimir sagte damals: 'Wir bilden eben eine neue Fraktion'..." (Aus "Die wirkliche Lage in Rußland", S.196 f).

"Wir bilden eben eine neue Fraktion", - welche sachliche Selbstverständlichkeit, welche politisch-praktische Ehrlichkeit, welche Offenheit bei der Wahl der zweckdienlichsten Taktik und welcher Mangel an "Disziplin", "Loyalität", vor allem aber an jedwedem Fetischismus spricht doch aus diesen Worten Lenins!

(18) Zitiert aus "Die Kinderkrankheit des 'Radikalismus' im Kommunismus", Berlin 1926, S.9 f. Siehe hierzu auch den Band II/1947 S.672 f.

(19) Vergleiche den Artikel des Gen. Silo in den "Mitteilungen" der IKÖ Nr. 18 vom 23.XI.1948

(20) Wir wollen hier mit Absicht nicht darauf eingehen, daß auch die embryonale Partei, daß selbst die kleinste Gruppe von Revolutionären verpflichtet ist, wirkliche Massenarbeit, breiteste Agitation zu betreiben. In ihr muß das revolutionäre Programm den breiten Massen im gemeinsamen Kampfe erläutert werden. Auf dieser Linie handelten die Handvoll Genossen um Lenin schon Anfang der Neunziger Jahre in Petrograd, Jahre vor der Gründung der SDAPR überhaupt. Nur wenn Agitation und Propaganda einander nicht gegenübergestellt werden, sondern sich gegenseitig zweckmäßig ergänzen - nur dann wird sich in einer natürlichen und positiven Auslese aus dem Klassenkampf heraus eine wirklich revolutionäre und mit den Massen eng verbundene proletarische Partei herausbilden. Aber die Herausbildung einer solchen Partei in zwei Etappen zu trennen, wobei in der ersten vorwiegend Kaderschulung betrieben und erst in der zweiten an die Massen herangegangen wird, das ist undialektisch. Es ist erwiesen, daß diese "Theorie" in der Praxis zu einer negativen Auslese führt, initiative Kämpferelemente abstößt, die Entfaltung neuer Kräfte zu revolutionären Führern hemmt, die Entwicklung der negativen Eigenschaften der Angehörigen der revolutionären Keimorganisation objektiv fördert und früher oder später unweigerlich deren vollständige Degeneration herbeiführt, ohne sie überhaupt je an die Massen herankommen zu lassen.

Die führenden Genossen der Februar-Mehrheit der IKÖ versuchen, unsere Forderung nach Massenarbeit pogromartig gegen die Opposition ins Treffen zu führen. Es ist daher Aufgabe der Opposition, diese Frage in einer besonderen Arbeit gründlich zu prüfen und ihre Meinung ausführlich zu begründen.

(21) "Mitteilungsblatt" der IKÖ-Opposition Nr.6 (25.II.1950).

(22) Natürlich gibt es Fraktionen und Fraktionen. Es gibt vorübergehende Gruppierungen zum Zwecke einer organisierten Diskussion, es gibt aber auch Fraktionen, wie sie z.B. lange Zeit hindurch die Bolschewiki und Menschewiki bildeten und wie sie seit der Spaltung vom 5. November in der IKÖ bestehen. Unsere Sektierer sind gegen erstere wie gegen letztere, sie sind gegen jedes "Fraktionieren". Siehe hiezu auch die Anmerkungen 17 und 12. Das Zitat stammt aus dem Artikel "Noch einmal über die ILP", der im November 1935 geschrieben und in der Nr. 2 von "Workers' Weekly" am 16.XII.1944 veröffentlicht wurde.

(23) Vor einigen Tagen erreichte uns die Sondernummer des "Spartakist" von Ende Jänner 1950, in welcher die Leitung eine "notwendige Zwischenbilanz" unserer Auseinandersetzung zu ziehen versucht. Über diese Arbeit wird noch zu sprechen sein. Hier soll nur vermerkt werden, daß sie mit einer Lüge anfängt: "Eine schwere politische Auseinandersetzung in unseren Reihen", so heißt es dort, "hat mit der Trennung einer größeren Minderheit unserer Mitgliedschaft von der Organisation geendet". Wer hat sich von wem getrennt? Das kann man im Spaltungsbeschluß und in den Dokumenten, welche die Opposition in ihren "Mitteilungsblättern" veröffentlicht hat, nachlesen. Das weitere wird noch die Zukunft lehren. Mit Verleumdungen hat die Leitung begonnen; jetzt ist sie beim Fälschen angelangt; womit wird sie enden? Verlaßt diesen Weg, Genossen, er führt ins Verderben!